

## **Deutsche Wahlen – Libanesische Wahlen 2009: Ähnlichkeiten und Unterschiede im Verlauf und in den Ergebnissen**

**Von Abdel-Raouf Sinno/Beirut**

Als ich im September 2009 die Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes zur Beteiligung an einer Wahlbeobachterreise in Deutschland mit Wissenschaftlern aus aller Welt erhalten habe, stellte ich mir die Frage: Was werde ich in einem Land beobachten, das mit Demokratie und Wahlkultur gesättigt ist, und dessen Bürger normalerweise wie Soldaten zur disziplinierten Einhaltung der Gesetze aufgerufen sind. Ich rief mir sofort ins Gedächtnis zurück, dass wir im Libanon im Juni 2009 Wahlen gehabt haben, und wie prekär die Situation war, so dass arabische und internationale Beobachterdelegationen zu den Wahlen entsendet wurden, um Manipulationen und Betrug zu verhindern. Außerdem erinnerte ich mich daran, wie die Dinge nach diesen Wahlen nicht in eine demokratische Richtung gelaufen waren. Dies verhinderte den demokratischen Ausgang der Wahlen, dass eine Mehrheit regiert und eine Minderheit in der Opposition steht. All diese Ereignisse fanden unter dem Banner eines falschen Mottos der sogenannten einzigartigen libanesischen "Konsensdemokratie" und des "Miteinander Lebens" statt.

Normalerweise hasse ich die Wahlen in der Dritten Welt und speziell im Libanon, weil sie mit Gedränge, Lärm und Chaos verbunden sind, vor allem weil wir im Libanon mit Sektierertum, Konfessionalismus und Tribalismus, und nicht mit Vernunft, Staatsbürgerschaft und Wahlrechtskultur wählen, wie es in Deutschland der Fall ist. Ich fand es trotzdem sinnvoll, an der Wahlbeobachterreise teilzunehmen: Erstens, weil ich dachte, ich könnte den Libanesen etwas über die deutschen Wahlen berichten und zweitens, weil der DAAD die Organisation ist, die mein Studium in Deutschland sowie auch meine Forschungen nach der Promotion mit Stipendien gefördert hat und weil er wertvolle Dienste beim Austausch von Wissenschaftlern zwischen Deutschland und der Welt leistet.

Die deutschen und die libanesischen Parlamentswahlen 2009 fielen ungefähr zusammen mit dem Jahrestag von zwei ähnlichen entscheidenden Ereignissen in den Jahren 1989 und 1990: Im Jahre 1990 die Herstellung der deutschen Einheit nach vier Jahrzehnten der Teilung. Im Libanon wurde im Jahr 1989 der Frieden nach 15-jährigem Krieg mit dem Ta'ifabkommen wiederhergestellt. Anstatt die deutsche Einheit als Vorbild zu betrachten, blieb der Konfessionalismus ein Grund für Uneinigkeit und unsichere Zukunft.

### **Einführung**

Die Reise begann am 18. September und endete am 29. September und fand unter der Aufsicht von Experten des DAAD und des Services "Michel International Relations and Services" statt. Sie umfasste die Städte Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Hamburg, München, Dresden, Halle, und schließlich die Hauptstadt Berlin- eine Strecke von über 2300 km, die den Einsatz von Bus und Flugzeug und die Übernachtung in sechs verschiedenen Hotels erforderlich machte. Dutzende von Institutionen und Gremien wurden besucht. Das Programm sorgte dafür, dass den Teilnehmern die politische Kultur Deutschlands vermittelt wurde, in Bezug auf das politische System und das politische Leben, auch in Bezug auf Gesellschaft und Wirtschaft. Mit über 70 Persönlichkeiten aus dem akademischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben hat die Delegation Diskussionen geführt, sowie mit Vertretern der Parteien, um deren Programme zu analysieren und Wahlkampagnen und Wahlkampfstrategien zu erörtern. Das Programm ermöglichte der Delegation, Sehenswürdigkeiten und die erwähnten historischen Städte zu besichtigen; jede erzählt ihre eigene Geschichte, die am Ende zusammen eine einheitliche Geschichte Deutschlands darstellt. Deutschland war im Jahre 1990 wiedervereinigt - eine neue integrierte Gesellschaft entstand nach 1990. Auf der anderen Seite blieben einige Regionen des Libanons nach dem Ta'ifabkommen außerhalb der Souveränität der libanesischen Regierung, das libanesisches Volk blieb gespalten und uneinig.

Im Gegensatz zu Deutschland blieb/ist das libanesisches politische System konfessionell. Nach dem Abkommen von Ta'if 1989, das den libanesischen Bürgerkrieg beendete und mit sich ein dauerhaftes nationales Zusammenleben ermöglichen sollte, begann eine Periode von Uneinigheiten und Spannungen. Die Ursachen dafür liegen in dem hartnäckigen Festhalten der verschiedenen Konfessionsgemeinschaften an ihren religiösen bzw. kulturellen Besonderheiten und dadurch an ihrer spezifischen Identität und an ihrer "eigenen gerechtfertigten Geschichte". Plädiert wird für einen politischen und gesellschaftlichen Pluralismus bis hin zum konfessionellen Regionalismus im Fall einer Bedrohung der Interessen oder gar der Existenz der einzelnen Gemeinschaften. Deswegen kann man nicht von einer gesellschaftlichen Verschmelzung zwischen Christen und Muslimen sprechen. Die interkonfessionellen Beziehungen zwischen den sozialen Schichten beschränkten sich immer noch auf Fragen des "Protokolls". Immer noch leben die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach Konfession voneinander fast getrennt, gemischte Heiraten sind kaum zu sehen. Auch hat sich die Kluft zwischen Muslimen, Sunniten, Schiiten und Drusen nach dem Mord an Premierminister Rafiq Hariri weiter vertieft.

Auf wirtschaftlicher Ebene hat der Libanon, wie Deutschland, ein liberales freies System. Man kann aber dessen Grundlage nicht mit dem deutschen System vergleichen. Der Libanon hat eine lange Tradition als Handelsnation, und nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte er sich außerdem zu einer Dienstleistungswirtschaft. Der Ausbruch des Bürgerkrieges 1975, der mit Unterbrechungen bis 1990 andauerte, stürzte das Land in eine katastrophale wirtschaftliche Krise. Trotz technisierter Anbaumethoden trug die Landwirtschaft 1996 nur 12% zum Bruttoinlandsprodukt bei; etwas höher war der Anteil der Industrie mit 27%. Stärkster Faktor der Wirtschaft ist der Dienstleistungsbereich mit rund 61%.. Nur 7% der Landesfläche sind bewaldet. Bodenschätze von wirtschaftlicher Bedeutung gibt es im Libanon nicht. Die Industrie produziert überwiegend Verbrauchsgüter.

Deutschland auf der anderen Seite, ist eines der wichtigsten exportierenden Industrieländer in der Welt, und es wird als „wichtigster Motor Europas“ bezeichnet, weil es eine freie Wirtschaft besitzt und 22% des Sozialprodukts der Europäischen Union aufbringt. Trotz der weltweiten internationalen Finanz –und Wirtschaftskrise und der sozialen Schwierigkeiten, mit denen es konfrontiert ist, steht es an dritter Stelle unter den Volkswirtschaften der Welt. Es hat eine sehr gute Infrastruktur in den Bereichen der Kommunikations- und Informationstechnologie und gilt als Pionier auf dem Gebiet der Innovation und beim Export von Produkten der wissenschaftlichen Forschung, bei der technologischen Entwicklung und der Nutzung der Sonnenenergie. Es ist auch ein Magnet für ausländische Investitionen. Etwa 80 Wissenschaftler aus Deutschland haben bis zum Jahre 2008 Nobelpreise erhalten. Die berufliche Bildung und die Hochschulbildung sind ausgezeichnet. Dies hat dazu beigetragen, technisch versierte Arbeiter und fähige Ingenieure auszubilden. "Made in Germany" ist nicht nur ein Schlagwort für die Qualität der deutschen Waren, sondern auch für die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, für das politische System, die Parteien, das gesellschaftliche Leben und die öffentlichen Freiheiten. Darüber hinaus steht Deutschland auf Platz Eins der Länder mit einem positiven internationalen Image.

Im Gegensatz zu dem säkularisierten System und dem sozialen Zusammenhalt in Deutschland, lässt das konfessionell – politische System im Libanon aber keinen Platz für Patriotismus, es verursacht dauerhafte Streitigkeiten zwischen den Bürgern. Dazu wurde der Libanon während des Bürgerkrieges zwischen 1975 und 1990 und seit 2005 zu einer Brutstätte terroristischer Bewegungen - all dies beeinflusste das Bild von den Libanesen auf internationaler Ebene negativ. Angesichts dieser Situation betrachteten die deutschen Regierungen die Stabilität des Libanons als eine wichtige Voraussetzung für den Frieden in der Region. Deshalb unterstützten sie den Libanon im zivilen, sicherheitspolitischen und militärischen Bereich. Seit 2006 patrouillieren Einheiten der deutschen Marine vor der libanesischen Küste im Rahmen der UNIFIL-Mission. Der Wert der bisher geleisteten deutschen Hilfe für den Libanon wird auf über 300 Millionen Euro geschätzt.

## **1- Deutschland und der Libanon: Politisches System und Demokratie**

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stammt aus dem Jahr 1949. Sein Ziel bestand darin, den Grundstein für ein demokratisches politisches System zu legen, das sich in die westlichen Demokratien integrieren würde, und den Militarismus, der die Geschichte Deutschlands geprägt hatte, zu beseitigen. Der Zweite Weltkrieg erteilte den Deutschen eine Lektion, dass die Neigung zur Diktatur zu Katastrophen führen musste. Fortschritt und Wohlstand konnten nur in einer Demokratie und in einem friedlichen System realisiert werden. Dieses demokratische System und die Funktion der Regierung und Parlament werden von einer starken Zivilgesellschaft überwacht.

Auf der anderen Seite wurde die libanesische Verfassung zum ersten Mal im Jahre 1926 nach der Entstehung der Libanesischen Republik in Kraft gesetzt. Sie

beschrieb die Aufteilung der Macht und der Ämter zwischen den religiösen Gemeinschaften, die sich im Laufe der Zeit bemühen sollten, das konfessionell geprägte System abzuschaffen. Aus vielen Gründen ist dies bis heute nicht geschehen, obwohl das "Dokument der nationalen Eintracht" von 1989 von der Zusammensetzung eines Ausschusses sprach, dessen Aufgabe die Abschaffung des politischen Konfessionalismus sein sollte. Dieses Versagen führte die Libanesen dazu, ihre Probleme mit Gewalt zu lösen. Insofern scheint es, dass die Libanesen im Gegensatz zu den Deutschen nicht die Lehre aus der Geschichte zogen, dass gewaltsame Auseinandersetzungen und Streitigkeiten zur Zerstörung ihres Landes und dessen Wirtschaft führen und den Zusammenhalt der Bürger vernichten. Damals, wie auch heute existierte aus konfessionellen Gründen keine einflussreiche Zivilgesellschaft, die die politischen und gesellschaftlichen Interessen des Vaterlandes im Rahmen einer nationalen Politik zu wahren versuchte.

Nach dem Inhalt des deutschen Grundgesetzes übt das deutsche Volk die Macht durch verschiedene Institutionen aus und wird von den Abgeordneten in Bundestag und Bundesrat vertreten. Das deutsche Volk hat alle vier Jahre die Möglichkeit zu freien Wahlen. Es besteht auch die Möglichkeit vorgezogener Wahlen bei außergewöhnlichen Umständen. Die endgültige Entscheidung, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen auszurufen, liegt in den Händen des Bundespräsidenten. Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet sich als einen Sozialstaat, der seine Aufgabe darin sieht, seinen Bürger ein menschenwürdiges Leben auch bei Arbeitslosigkeit, körperlicher Behinderung, Krankheit und im Alter zu sichern. Am Tag der Wahl entscheidet das deutsche Volk unmittelbar, wie die politische Macht verteilt werden soll, und sorgt für die Legitimität der regierenden Parteien, die weiterhin unter der „Aufsicht“ des Volkes bleiben.

Auf der anderen Seite ist der Libanon im arabischen Raum ein Vorbild und durch sein parlamentarisches System und seine besondere Demokratie ausgezeichnet. Meinungs- und Medienfreiheit sowie religiöse Freiheit waren im Grunde kennzeichnend für die „libanesische Demokratie“. Diese Demokratie stieß aber heute wie früher mit dem konfessionellen System zusammen, d.h. es gab einen Konflikt zwischen den Bürgerrechten und den Rechten der Konfessionen und demzufolge auch zwischen der Zugehörigkeit zum Heimatland und der Zugehörigkeit zur Konfession. Die sogenannte „Konsensdemokratie“ Libanons ist im Grunde keine Demokratie im westlichen Sinne. In Deutschland bestimmt die Mehrheit (Volk und Parlament) den politischen Prozess. Im Libanon verhindert die „Konsensdemokratie“ und die mit ihr verbundenen konfessionellen Interessen das Funktionieren der offiziellen verfassungsmäßigen Institutionen, wodurch die Regierungsarbeit lahmgelegt wird. Die Ereignisse seit 2008 sind klare Beispiele für die Schwäche der „Konsensdemokratie“.

Wie in Deutschland, geht das libanesische Volk ebenfalls alle vier Jahre zur Wahl. Das Parlament kann unter strengen Auflagen aufgelöst werden. Der Staatspräsident des Libanon war vor dem Ta'ifabkommen im Jahr 1989 mit weitgehenden Vollmachten versehen. Nach dem erwähnten Abkommen hatte das Amt repräsentative Funktionen ähnlich dem des deutschen Bundespräsidenten, mit dem Unterschied, dass der letztere in einer wirklichen Demokratie agiert und auf der Grundlage eines säkularisierten Systems gewählt wird, während der libanesische Präsident in ein konfessionelles System eingebunden ist. Es ist eine Besonderheit

des deutschen Grundgesetzes, dass es mit der Fünfprozenthürde eine Schwelle für den Einzug kleiner Parteien in den Bundestag geschaffen hat und damit die Gefahr verringert, dass kleine Parteien zum Hindernis für den parlamentarischen Entscheidungsprozess und die Gesetzgebung werden. Eine solche Hürde ist in der libanesischen Verfassung nicht enthalten.

Ähnlich wie im deutschen Grundgesetz wird auch im libanesischen "Dokument der nationalen Eintracht" festgestellt, dass es keine Legitimität für eine Macht gegeben soll, die dem Ziel der Koexistenz widerspricht; das libanesische Volk ist die Quelle der Autorität; die Souveränität wird durch die verfassungsmäßigen Institutionen ausgeübt; der Libanon „gehört“ allen Libanesen. Dies bleibt aber ein bloßer Slogan in der heutigen Zeit, angesichts schwacher verfassungsmäßiger Institutionen und der Existenz von politischen Kräften, die stärker als der libanesischer Staat sind. Dazu trägt auch die Aufteilung des Libanon in Distrikte bei, in denen die Souveränität des Staates kaum existiert oder dessen militärischer Präsenz schwach ist.

Es gibt in Deutschland zwei repräsentative Organe: Auf der Bundesebene den Bundestag und auf Länderebene den Bundesrat. Jeder Kammer besitzt legislative Befugnisse. Die Mitglieder beider Häuser werden auf säkularer Grundlage gewählt. Tribalismus und Familienbande spielen keine Rolle dabei. Demgegenüber gibt es im Libanon nur ein Parlament. Wohl wissend aber, dass der Libanon in seinem früheren Parlament nach der Entstehung der Republik auch einen Senat hatte, wurde dieser später aufgelöst. Eine Person im Libanon kann unabhängig von den großen Parteien kandidieren, obwohl diese Möglichkeit seit den Wahlen im Jahr 1992 praktisch nicht mehr bestand, aufgrund der "Wahlwalzen" der größeren Parteien, die die Wahlen seitdem zu ihren Gunsten entscheiden konnten.

Aufgrund des politischen Konfessionalismus wurden die Sitze im libanesischen Parlament unter Muslimen und Christen aufgeteilt, so dass ein echter Wettbewerb um die Parlamentssitze nur innerhalb der einzelnen religiösen Gemeinschaften stattfindet. Bei der Zusammensetzung des Kabinetts streiten sich die politischen Kräfte um die wichtigen Ministerien. Aufgrund der politischen und religiösen Auseinandersetzungen war der Libanon nicht in der Lage, seine "Demokratie" aufzubauen auf der Grundlage von zwei Kammern und im Einklang mit dem Ta'ifabkommen: Die erste Kammer sollte unkonfessionell, die zweite (der Senat) auf konfessioneller Grundlage gebildet werden. Dies sollte ein erster Schritt zur Abschaffung des politischen Konfessionalismus sein. Während die Besetzung politischer Ämter in Deutschland nichts mit der konfessionellen Zugehörigkeit zu tun hat, müssen im Gegensatz dazu die wichtigsten Ämter im Libanon, vor allem das Präsidentenamt und das Amt des Premierministers, im Rahmen der Verfassung unter Maroniten, Schiiten und Sunniten aufgeteilt werden. Dementsprechend „lebt“ der Libanon seit zwei Jahrzehnten von den „Herrlichkeiten“ der Texte, die auf dem Papier stehen, ohne dass er eine vernünftige Lösung aus seinem Dilemma finden kann oder darf.

## **2- Deutschland und Libanon – Politische Parteien und Wahlen: Unmögliche Parität**

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Mehr-Parteien-Demokratie und das Grundgesetz spricht von einer wichtigen Rolle der Parteien bei der Gestaltung des politischen Lebens. Daraus ergibt sich, dass eine moderne Demokratie ohne die Konkurrenz zwischen den politischen Parteien nicht funktionieren kann. Im Gegensatz dazu beschränkt sich die Mehrheit der Parteiführungen im Libanon fast auf einzelne Familien, so dass sich der Wettbewerb unter ihnen in der Regel auf deren spezielle Interessen beschränkt. Die deutschen Parteien besitzen Medien sowie kulturelle und soziale Einrichtungen, von denen die Bevölkerung unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit Gebrauch machen kann. Dagegen besitzen die libanesischen Parteien Milizen, offen oder versteckt, die den Staat zum schwächsten Glied in der politischen Struktur machen. Auch wenn es soziale oder humanitäre Institutionen der Parteien oder der politischen Führung gäbe, würden sie bestimmt nicht der Allgemeinheit dienen, sondern nur ihren konfessionellen Anhängern. In Deutschland hält man sich bei den Wahlen an die Verfassung, während die Verfassung im Libanon je nach den Interessen der politischen Kräfte verletzt wird.

In den vergangenen sechzig Jahren schafften infolge der Fünfprozenthürde nur wenige Parteien den Einzug in den deutschen Bundestag. Zwischen 1949 und 1983 beschränkten sich die im Bundestag vertretenen Parteien im wesentlichen auf vier Fraktionen, nämlich: die CDU / CSU, die SPD und die FDP. Obwohl das Grundgesetz nicht von der Religionszugehörigkeit sprach, blieb der Einfluss des Christentums durch die beiden Unionsfraktionen erhalten, deren politische Prinzipien auf christlichen Werten basieren. Dazu kamen 1983 die GRÜNEN als Folge ihrer Umweltpolitik, des Aufrufs zum Weltfrieden und zum Schutz der Frauenrechte. Mit der Entstehung der PDS aus den Ruinen der SED nach der deutschen Einheit im Jahr 1990 entwickelte sich das Fünfparteiensystem. Zwischen 1949 und 2002 entstanden Regierungen meist nach dem Prinzip einer Koalition zwischen einer großen und einer kleinen Partei. Aber das hat sich zwischen 2005 und 2009 geändert, als die zwei grossen Parteien in Deutschland koalitierten, die CDU/ CSU und die SPD, da die Unionsparteien zu schwach waren, eine Regierung mit der FDP zu bilden. Die Große Koalition regierte bis zu den Wahlen im September 2009. Zwischen 1949 und 2009 besetzten nur die beiden großen Parteien CDU und SPD das Kanzleramt.

Kennzeichnend ist auch, dass in der Geschichte der deutschen Wahlen seit 1949 noch keiner Partei vorgeworfen wurde, die Abstimmung mit Geld manipuliert oder Wähler bestochen zu haben. Darin unterscheidet sich die Situation von den Verhältnissen im Libanon, wo Wähler bestochen und sogar aus dem Ausland eingeflogen werden, um die Ergebnisse zu beeinflussen. Diese Methoden verhindern gerechte und transparente Wahlen.

Seit der Unabhängigkeit des Libanon im Jahr 1943 waren die libanesischen Parlamente und Ministerien das Monopol von bestimmten Familien und Großeigentümern oder ihren Kindern und Verwandten. Dies verhinderte einen

wirklichen Wandel im politischen Leben. Diese Familien haben die Staatspräsidentschaft sowie der Parlamente und die Kabinette beherrscht. Ihre Allianz verhinderte den Aufstieg neuer politischer Kräfte außerhalb der Elite. Nach dem Bürgerkrieg hat sich die politische Situation nicht geändert, so dass die politischen Kräfte ihre Machtpositionen weiter besetzen konnten. Junge Leute konnten nicht ohne Segen der traditionellen Kräfte für die Wahlen von 2005 und 2009 kandidieren. Kurz gesagt, erlebte der Libanon kein richtiges politisches Leben, wie es in Deutschland der Fall ist, wo ein Wettbewerb um politische, wirtschaftliche und soziale Programme stattfindet.

Die traditionell wichtigsten libanesischen Parteien waren/sind: die libanesische Phalange Partei, die National-Liberalen, die Lebanese Forces und die Bloc Partei aus dem rechten Spektrum; die Nationale Progressive Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei des Libanon, die Syrische Soziale Nationalistische Partei und die Amal Bewegung. Nach dem Ende des Krieges im Jahr 1990 begann die von dem islamischen Iran geschaffene Hisbollah eine Rolle zu spielen, und seit dem Jahr 2000 dominierte sie im Libanon aufgrund iranischer und syrischer Unterstützung und Bewaffnung. Rafiq Hariri konnte vor seiner Ermordung die Sunniten, insbesondere in Beirut hinter sich gruppieren, und unter der Nachfolge seines Sohn Saad entstand eine „Zukunfts-Bewegung“, die in eine Partei der Sunniten umgewandelt war.

Im Jahr 2005 hatten die sechs wichtigsten deutschen Parteien mehr als 1,5 Millionen Mitglieder. Jede Partei hat eine eigene Farbe: CDU /CSU Schwarz, FDP Gelb, SPD Rot, BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN Grün und die Linkspartei Rot- Pink. Dadurch werden die Wahlen zu einem „Farbenkonflikt“. Man spricht von Farben, um die Parteien und deren Politik zu identifizieren. Aber diese Farben bleiben demokratisch unter dem Dach des Rechts und der Verfassung, im Gegensatz zu den Farben der politischen Parteien im Libanon, die nicht für „rechts“ oder „links“ stehen, wie sie behaupten, sondern für konfessionelle, sektiererische und persönliche Orientierungen. Die Zukunfts-Bewegung trägt die blaue Farbe, Hisbollah die gelbe, die Amal-Bewegung die grüne, die Freie Patriotische Bewegung von Michael Aoun die orange, die Kommunistische Partei die rote und die beiden libanesische Forces und die libanesische Phalange tragen weiß und braun. Aufgrund der scharfen Auseinandersetzungen ist es für viele Libanesen gefährlich, die Farben der Parteien zu tragen, weil sie Anschläge befürchten müssen.



Während die Koalitionen im Libanon auf der Grundlage von persönlich-konvergierenden Interessen gebildet werden, entstehen die Koalitionen in Deutschland auf der Grundlage von Kompromissen und Anpassungen in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Programmen. Die Zahl der Parteienmitglieder im Libanon belief sich auf 25.000 bis 30.000 während des Libanon-Krieges. Diese Zahl sank nach der Auflösung der libanesischen Milizen nach dem Krieg. Weil die Hisbollah immer noch bewaffnet ist, wurde sie dank ihrer gut ausgerüsteten und gut ausgebildeten Miliz mit über 10.000 Mitgliedern zur mächtigsten politischen Partei und zu einer stärkeren Kraft als die offizielle Armee. Allerdings ist der Schlüsselfaktor für die Stärke einer Partei nicht die Zahl ihrer Mitglieder und der bewaffneten Männer allein, sondern die religiöse Gemeinschaft, die hinter der Partei steht.

Die Wähler in Deutschland haben zwei Stimmen: die erste geht direkt an die Kandidaten in den Wahlbezirken (Länder), und wer die meisten Stimmen erhält, bekommt einen Sitz in Bundestag; die zweite Stimme geht an die Partei, ohne Nennung eines bestimmten Kandidaten. Der Bundestag umfasst 598 Sitze. Wenn eine Partei durch die Erststimme mehr Mandate gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen würden, kann sie sogenannte Überhangmandate bekommen. In den Augen von vielen Deutschen ist diese Regelung nicht demokratisch und soll vom Verfassungsgericht bis zum Jahr 2011 geändert werden.

Im Gegensatz zu Deutschland hat der Wähler im Libanon im Rahmen eines traditionellen Wahlsystems nur eine Stimme. Die Zahl der Sitze im libanesischen Parlament umfasst seit dem Ta'ifabkommen 128, die zur Hälfte zwischen Christen und Muslimen geteilt sind. Bis zum heutigen Tag gelang es nicht, eine Umwandlung des Wahlsystems ins Verhältniswahlrecht durchzuführen, welches einen Weg bahnen könnte, um dem politischen Konfessionalismus zu entgehen. Die Deutschen



wählen unabhängig von der Konfession, und das Verfassungsgericht in Deutschland kann, wenn es notwendig ist, Änderungen im Wahlsystem herbeiführen. Die Wahlen im Libanon von 2009 fanden nach dem alten Wahlgesetz aus dem Jahr 1960 statt und berücksichtigten die Aufteilung der Wahlkreise gemäß der demographischen Stärke der einzelnen religiösen Gemeinschaften; so wählen in der Regel Christen Christen, Muslime Muslime etc ... Das beweist, dass die politischen Kräfte nicht in der Lage sind, ein moderneres Wahlsystem einzuführen und dadurch den Sinn für ein nationales Einheitsgefühl bei den Libanesen zu wecken. Somit bleibt der Libanon rückständig und entwickelt sich nicht zu einem modernen Staat. Aufgrund der männlich dominierten Kultur und der untergeordneten Rolle der Frauen ist der Anteil der Kandidatinnen im Libanon wesentlich geringer als in Deutschland, wo er in der Regel bei rund 30% liegt. Im Gegensatz dazu lag der Anteil der Frauen im libanesischen Parlament im Jahr 2005 bei 4,7%; in den Wahlen von 2009 fiel er auf 3,1%. Bemerkenswert ist, dass der Zugang der Frauen zum Parlament mit politischen Erbschaftskriterien verbunden war.

Die Wahlen in Deutschland finden unter staatlicher Aufsicht statt. Die Massenmedien sind theoretisch gegenüber den Parteien neutral und erhalten von ihnen keine finanzielle Unterstützung. Die Durchführung der Bundestagswahlen am 27. September fand unter Aufsicht des Bundeswahlleiters statt. Am Wahltag waren tausende freiwillige Helfer in den etwa 80.000 Wahllokalen tätig. Die wichtigste Veränderung bei den Wahlen von 2009 war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass bei der Stimmenauszählung keine Computer eingesetzt werden durften.

Während das deutsche Verfassungsgericht als oberste Instanz für konstitutionelle Fragen fungiert und seine Beschlüsse verbindlich sind, ist das libanesisches Verfassungsgericht nach wie vor wegen der komplexen konfessionell-politischen Situation nicht in der Lage, über die Legitimität bzw. Nicht-Legitimität von Wahlprozessen zu befinden. Die libanesischen Medien hielten sich nicht an das Gebot der Neutralität und fungierten in vielen Fällen als Sprachrohr der politischen Kräfte. Die Durchführung der Wahlen wird vom Innenministerium überwacht und die Parteien beteiligen sich an der Überwachung der Stimmauszählung. In Deutschland brauchte man nach der Schließung der Wahllokale kaum einige Stunden, um die Ergebnisse bekannt zu machen. Im Libanon benötigt man mehr Zeit, wodurch die Tür für Fragen und Verwirrung geöffnet wird.

Der deutsche Staat finanzierte die Wahlen mit etwa 130 Millionen Euro. Jede Partei erhält nach der Wahl einen Betrag nach der Zahl der erhaltenen gültigen Stimmen. Man kann jedoch nicht wissen, wie viel die deutschen Parteien für den Wahlkampf ausgeben, obwohl sie dem Staat Unterlagen über die Kosten vorlegen. Im Libanon, wie in Ländern der Dritten Welt, erhält der Parteiführer eine Menge Geld von einigen Kandidaten seiner Wahlliste. Es ist dann natürlich, dass solche Kandidaten bzw. Abgeordneten sich bemühen, das schon bezahlte Geld durch verdächtige

Transaktionen zurückzugewinnen. Obwohl viele demokratische Staaten das deutsche Modell der Wahlkampffinanzierung übernommen haben, ist der Libanon noch weit von dieser Regelung entfernt.

### **3- Die Wahlen 2009 in Deutschland und dem Libanon: Einflussfaktoren und Wahlmotive**

In einem demokratischen Staat wie Deutschland spielen bei den Wahlen die Wirtschaftspolitik, Sozialleistungen, Steuersystem, Arbeitsmarktpolitik sowie Umwelt, Energie, Bildung, Gesundheit und die Rentenreform eine wichtige Rolle, um Wähler gewinnen zu können. Die Konfession oder familiäre Zusammenhänge spielen dagegen keine Rolle. Außerdem berücksichtigen die Deutschen die Außenpolitik, insbesondere den Einsatz von militärischen Einheiten im Ausland, wie es in Afghanistan der Fall ist. Deutsche Regierungen leisten auch Unterstützung für die Europäische Union. Die Deutschen sind der Auffassung, dass die Lösung all dieser Fragen durch ihre Regierung eine Voraussetzung für die politische Stabilität und ein funktionierendes Sozialsystem ist.

Im Gegensatz dazu orientieren sich die meisten libanesischen Wähler am Konfessionalismus und Tribalismus und nicht an der politische Agenda. Niemals hat das libanesische Volk zugunsten eines Parteiprogramms gewählt, sondern für den konfessionellen Führer. Das beste Beispiel ist die jüngste libanesische Wahl im Juni 2009, die inmitten einer konfessionell- politischen Spaltung stattfand, die das Land nie zuvor erlebt hatte. Hinzu kommt die Abhängigkeit der politischen Führung vom Ausland und die schwere wirtschaftliche Krise mit einer hohen, stetig steigenden Verschuldung. Die Schiiten stimmten für Kandidaten der schiitischen Hisbollah und der Amal-Bewegung, während die Mehrheit der Sunniten für die sunnitische Zukunfts-Bewegung stimmte und die Drusen der Progressiven Sozialistischen Partei ihre Stimme gaben, ohne jedoch deren Kandidaten zu kennen. Die Christen sind in zwei verfeindete Lager gespalten, und sie stimmten für die Person des Führers, der an ihre Gefühle appelliert, nicht jedoch für ein politisches Programm. Dies alles geschieht wegen eines Mangels an nationalem Bewusstsein und nationalem Verantwortungsgefühl. Keine Partei stellte ein realistisches Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Verringerung der öffentlichen Verschuldung vor.

Aufgrund der scharfen religiös- konfessionellen und politischen Auseinandersetzungen, geschürt vom Ausland, war die Regierung von Fouad Snyoura nicht in der Lage, mit schwierigen Themen, vor allem mit sozialen und finanziellen Problemen, umzugehen. Als Folge der israelischen Aggression gegen den Libanon von 2006 verschlechterte sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation weiter. Die Infrastruktur und wirtschaftliche Einrichtungen waren von der Aggression betroffen. Anfang 2007 wurde das wirtschaftliche Leben durch ein „sit in“ in Beirut gelähmt. Viele Institutionen und Geschäfte mussten schließen. Im Mai 2008

besetzte die Hisbollah Beirut und drohte den Bürgen, ihren politischen Willen mit Waffengewalt durchzusetzen. All diese Ereignisse waren katastrophal für das Land, so dass die Schulden auf mehr als 50 Milliarden Dollar stiegen, während das Wirtschaftswachstum auf unter Null gesunken war. Die Auswanderung und die Arbeitslosigkeit nahmen zu. Trotzdem gingen die Libanesen zur Wahl, trotz der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie verhielten sich „politisch“.

Hingegen widmeten sich die deutschen Regierungen nach 1990 den politischen und wirtschaftlichen Problemen infolge der deutschen Einheit und dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern. Dies konnte nicht stattfinden ohne einen inneren Zusammenhalt des ganzen deutschen Volkes.

Am Vorabend der deutschen Wahlen und zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Einheit und in Anbetracht der negativen Auswirkungen der globalen finanziellen und wirtschaftlichen Krisen auf die deutsche Wirtschaft und den Finanzmarkt waren die Anstrengungen der deutschen Regierungen von Gerhard Schröder bis Angela Merkel, die Arbeitslosigkeit zu senken und das Defizit abzubauen, wenig erfolgreich. Die öffentlichen Schulden stiegen auf fast 80 Milliarden Euro. Dies ist aber keine ernsthafte Gefahr für die starke deutsche Wirtschaft.

Um dieser Situation zu begegnen, arbeitete die SPD im Jahr 2003 in der Koalition mit BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN an ihrem Reform-Programm, bekannt als Agenda 2010. Damals glaubte der deutsche Kanzler Gerhard Schröder bis Ende 2010 einen Durchbruch in der wirtschaftlichen Stagnation und beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Reduzierung der finanziellen Belastung des Staates im sozialen und gesundheitlichen Bereich erreichen zu können. Diese Reformmaßnahmen betrafen die niedrigeren Einkommen und die Sozialhilfeempfänger, insbesondere die ehemaligen DDR-Bürger, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und geringere Einkommen beziehen als ihre westdeutschen Mitbürger.

Unter diesen Voraussetzungen führte die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel zwischen 2005 und 2009 eine große Koalition mit der SPD und widmete sich dem Ziel, die finanzielle Situation des Staates zu stabilisieren, die Wirtschaft aus der Stagnation zu retten und das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Obwohl sie die Agenda 2010 und viele andere sozio-ökonomische Probleme geerbt hatte, konnte sie die Steuer um 3% erhöhen, aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit von 5 Millionen Menschen auf 3,3 Millionen abbauen. Um nach dem Beginn der globalen Finanzkrise den Zusammenbruch der allgemeinen Stabilität im Land zu vermeiden, senkte Merkel die Steuern für die Banken und unterstützte die Automobilindustrie durch die finanzielle Förderung des Kaufs von Neuwagen, die sogenannte „Abwrackprämie“. Diese Politik hat aber die Belastung für die Staatskasse erhöht und damit eine hohe Verschuldung verursacht. Heftigen Widerstand leisteten ihre Gegner, vor allem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Linkspartei. Die ersteren beschuldigten Merkel, den Einkauf von Neuwagen gefördert zu haben, während die Menschen im nächsten Jahr arbeitslos würden. Gregor Gysi von der Linkspartei warf

der Regierung vor, den Banken Steuern erlassen zu haben, statt sie zu verstaatlichen. Dies habe zu einem Rückgang der Steuereinnahmen geführt. Einige dieser Banken hätten Milliarden-Gewinne erzielt, ohne etwas für das Gemeinwohl zu tun. Gysi stellte die Frage: Warum sollten die Steuerzahler die Verantwortung für die egoistische und gierige Politik der Banken tragen? Die Politik Merkels kann man aber rechtfertigen, da sie zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Stabilität des Landes beigetragen hat. Ihre Regierung konnte die wirtschaftlichen Krise bewältigen.

Darüber hinaus waren die Mindestlöhne und die Anhebung des Rentenalters sowie die Kernenergie Streitpunkte zwischen den Parteien in Deutschland. Die Parteien haben außerdem Wissenschaft und Forschung in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen gestellt, die Frage der Erhöhung der finanziellen Mittel für die Forschung im Bereich der Wirtschaft und Technologie und die Unterstützung für Bildung, Universitäten und Forschungsinstitutionen. Dafür sollte das wissenschaftliche Forschungsbudget von 2,5% auf 3% erhöht werden.

#### **4- Libanesische und deutsche Wahlen 2009: Programme, Propaganda und Medien**

Die rivalisierenden politischen Kräfte im Libanon traten die Wahlen mit Parolen und Fahnen an. Die politische Überzeugung und nicht die Reformprogramme haben die Wähler bewegt. Samir Geagea, der Kommandeur der Libanese Forces, gab zu, dass es schwierig war, die Reformprogramme durchzuführen, weil die politische Lage im Libanon als instabil gilt. Auf der anderen Seite erklärte Saad Hariri, Führer der Zukunfts-Bewegung, dass sein Programm nicht ein Versprechen oder eine Hoffnung sei, sondern ein legitimes Recht der Bürger. Hariri überbot die Opposition mit dem Motto, Libanon vor der israelischen Aggression zu beschützen, die Schebaa-Farmen zurückzugewinnen und die Staatsautorität wiederherzustellen, so dass "es keine Waffen oder Macht in Libanon als die Waffen des libanesischen Staates" geben würde. Hisbollah und die Amal-Bewegung machten den Widerstand gegen Israel und die Vereinigten Staaten zum Mittelpunkt ihrer Kampagnen. Der Schwerpunkt der Kampagne von General Michel Aoun bestand darin, Reformen zu verwirklichen, die Korruption zu bekämpfen und die Staatsinstitutionen zu stärken. Außerdem sollten die Befugnisse des maronitischen Staatspräsidenten, die er im Rahmen des Abkommens von Taif verloren hatte, wiederhergestellt werden. Seine Anhänger waren von seinen politischen Einstellungen und nicht von seinen persönlichen Qualitäten überzeugt.

Bei vielen Sunniten herrschte die Überzeugung, dass der ermordeten Rafiq Hariri ihre Position gestärkt und es ihnen ermöglicht hätte, eine Rolle in der politischen Führung zu übernehmen. Sein Sohn Saad ist weiterhin auf dem Vormarsch. Die Befürworter der Schiiten im allgemeinen, das Volk, die Intellektuellen und das Bürgertum, glaubten, dass die schiitische Macht ihnen die politischen Führung zu verdankt.



Ein Bild des Chaos im libanesischen Wahlkampf

Auffallend waren im Libanon die hohen Ausgaben für die Wahlkämpfe in Bezug auf die Werbe- und Informationskampagne bei der Zukunfts-Bewegung und der Freien Patriotischen Bewegung von Michael Aoun. Die Wahlpropaganda war chaotisch. Farbige Bilder und Logos wurden irgendwie auf Straßen und Gebäuden aufgehängt. Die Veranstaltungen beschränkten sich auf die Hochburgen der Parteien, im Gegensatz zu Deutschland, wo die Möglichkeit besteht, den Wahlkampf überall zu führen. Hisbollah und ihre Verbündeten monopolisierten für sich selbst alle Plakatwände in den südlichen Vororten von Beirut, während die Zukunfts -Bewegung die Plakatwände in den sunnitischen Gebieten monopolisierte. Es scheint, dass die Hisbollah die einzige Kraft war, die nicht die Bilder ihrer Kandidaten präsentierte, weil die Wahl, nach ihrer Meinung, der Partei und nicht den Kandidaten gelten sollte. Zu den prominentesten Slogans gehörten:

**Die Zukunfts-Bewegung:** "Wir haben nicht vergessen, uns zu erinnern. Sie sind immer noch in uns" auf den riesigen Bildern von Rafiq Hariri, der im Jahre 2005 ermordet worden war;

**Die Freie Patriotische Bewegung:** "Die Dritte Republik ist sicher", um anzudeuten, dass Aoun der kommenden Staatspräsident ist;

**Die Amal-Bewegung:** Bild des Präsidenten der Amal-Bewegung Nabih Berri mit dem Begründer der Bewegung Musa al Sadr, um anzudeuten, dass er sich gemäß den Lehren des verstorbenen Begründers der Amal-Bewegung verhält;

**Hisbollah:** "Der Libanon ist die Heimat für alle seine Bürger"; "Widerstand durch Deine Stimme", um zu zwischen ihrem Widerstand gegen Israel und gegen der Senyoura -Regierung verbinden;

**Die Libanesische Phalange Partei:** "Ihre Stabilität ist unser Projekt, das Parlament ist unsere Waffe", um auszudrücken, dass die Rückkehr zum verfassungskonformen parlamentarischen Leben ein Ausweg aus dem Dilemma Libanons sein könnte;

**Lebanese Forces:** "Du kannst etwas tun"; "Du hast die Kraft und das Vaterland hat auch Kräfte", gemeint ist die Lebanese Forces.



Im Vergleich dazu zeichneten sich die deutschen Wahlen durch einen „eleganteren“ Wahlkampf aus. Die Bilder der Kandidaten wurden nicht einfach an den Wänden aufgehängt oder mitten auf der Strasse aufgestellt. Die Wahlpropaganda entsprach den Farben der Parteien. Plakate und kleine Bretter befanden sich auf der Unterseite der Laternen und Bäume. Über die Post erhielten die Bürger Postkarten von den Kandidaten mit Erläuterungen zu deren Programmen. Bemerkenswert ist die Verteilung von "Give Aways" an die Bürger, wie Schlüsselträger, Stifte, etc. ... Die Kandidatin aus Wiesbaden, Christina Koehler, verteilte Marmeladen-Gläser mit ihrem Konterfei, während ein Bild von Angela Merkel auf Teebeuteln angebracht wurde, damit die Menschen den "Geschmack" an der einzigartigen Dame fänden, die Deutschland regiert.





Bemerkenswert ist in Deutschland die freie demokratische Wahlkultur und die Anerkennung des Anderen, so dass die Wahlen ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Parteien haben ihren Wahlkampf in den Städten nahe beieinander in demokratischer Atmosphäre geführt. Auch warben die Kandidaten verschiedener Parteien selbst auf den Straßen und verteilten ihre Programme und kommunizierten mit dem Publikum. Die deutsche Öffentlichkeit interessierte sich hauptsächlich für die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Arbeitslosigkeit, Steuern, Bildung, Umwelt und Energie. Mit Ausnahme der Linkspartei und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mieden die Parteien die Frage des Rückzugs aus Afghanistan oder den Export von deutschen Waffen.



Demokratisch nebeneinander/gegeneinander kämpfen (Wiesbaden)

Die bekanntesten Wahlslogans bezogen sich auf wirtschaftliche und soziale Themen und lauteten etwa wie folgt:

**SPD:** " Sozial und Demokratisch"; "Gute Löhne für gute Arbeit" „Gut und zwar für alle!"; "Frank-Walter Steinmeier: ein neuer Kanzler für gute Arbeit", "Unser Land kann mehr";

**CDU:** "Ihre Stimme zählt - wir haben die Kraft"; " Wir haben die Kraft für die soziale Marktwirtschaft"; "Wir haben die Kraft, Deutschland aus der Wirtschaftskrise zu führen";

**FDP:** "Deutschland kann es besser"; "Mehr Netto vom Brutto"; "Arbeit muss sich wieder lohnen"; "Deutschlands wichtigstes Zukunftsunternehmen: die Familie";

**Bündnis 90 – Die Grünen:** " Aus der Krise hilft nur Grün"; " 1 Million neue Jobs"; "Umwelt und Wirtschaft gehören zusammen";

**Die Linke:** "Wir wollen 2 Millionen neue Arbeitsplätze und gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer in Ost und West"; "Hartz IV abschaffen";

Das Problem der Arbeitslosigkeit hatte einen prominenten Platz im Wahlkampf, und die Parteien hatten unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich seiner Lösung. In der Vergangenheit konnten die starke deutsche Wirtschaft und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen die Probleme eindämmen. Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wurde die Problemlösungskompetenz bei der Arbeitslosigkeit jedoch zu



einem entscheidenden Kriterium für die Wahlentscheidung. Die Parteien versprachen, die Arbeitslosigkeit zwischen 2 Millionen und 4 Millionen Menschen zu verringern. Die CDU/CSU wollte neue Arbeitsplätze schaffen und die Steuern nach Verbesserung der Produktivität und der Beschäftigungsrate anheben. Währenddessen forderte DIE LINKE die Verstaatlichung von Banken und eine Steuerentlastung der unteren und mittleren Einkommen und die Einführung von Steuern auf Aktien- geschäfte. Die SPD teilte diese Forderungen. SPD, FDP, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und DIE LINKE lehnten es ab, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Dadurch sollte die Staatsverschuldung abgebaut werden.

Bemerkenswert ist, dass alle Parteien die Erhöhung des Kinder und- Elterngeldes forderten. Grosse Sorgen hatte den Deutschen der Abbau in den Bereichen der Gesundheitsleistungen gemacht, da die Bürger für den Arzt, Apotheker und das Krankenhaus tiefer in die Tasche greifen mussten. Die FDP forderte, den freien Wettbewerb im Gesundheitssektor zuzulassen. Dieser Schritt wurde von den Unionsparteien abgelehnt. Demgegenüber forderten DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN eine einzige Krankenversicherungskasse für alle Deutschen. Auch stellt sich die Frage der Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, die von der Regierungskoalition geplant wurde, um die Belastungen für den Staat zu verringern, nachdem die Lebenserwartung für Frauen in Deutschland 82,7 Jahre und für Männer 76,6 Jahre erreicht hatte. Die FDP war für die Möglichkeit einer freiwilligen Pensionierung ab dem Alter von sechzig Jahren, während die anderen Parteien eine Gesetzesänderung beim Rentenalter abgelehnt hatten mit der Begründung, dass die Erhöhung des Rentenalters bedeutet, dass Absolventen von den Universitäten und Hochschulen und junge Menschen schlechtere Einstellungschancen hätten.

Ein weiterer Streitpunkt ist der Mindestlohn. Die CDU/CSU lehnt den Mindestlohn ab und betrachtete ihn als eine interne Angelegenheit zwischen Gewerkschaften/Arbeitnehmern und den Arbeitgebern. Auf der anderen Seite verlangten die anderen Parteien einen gesetzlichen Mindestlohn, um die „Erpressung“ der Angestellten/Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber zu verhindern. Die Linkspartei verlangte einen Stundenlohn von 10 Euro und ein Mindesteinkommen von 1400 Euro. Während die SPD eine Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern forderte, was auch die Einstellung der anderen Parteien war, ging DIE LINKE noch weiter und verlangte die Gleichstellung der Löhne zwischen den Bürgern in Ost- und Westdeutschland.

Die Parteien waren sich einig, die Bildung auf allen Ebenen zu fördern. Einige von ihnen wollten die Grundstruktur des Bildungswesens zugunsten einer Gesamtschule ändern, während die CDU auf dem Erhalt des derzeitigen Schulsystems bestand, wonach die Schüler nach der Grundschule auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgeteilt werden. Während alle Parteien die Integration von Ausländern durch das Erlernen der deutschen Sprache betonten, lehnten es die Unionsparteien ab, dass die Ausländer ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit und die deutsche

Staatsangehörigkeit gemeinsam tragen können („Doppelte Staatsbürgerschaft“). Die anderen vier Parteien fanden, dass die Beibehaltung der ursprünglichen Staatsangehörigkeit kein Hindernis für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit sein sollte.

Ferner kündigten CDU und CSU ausdrücklich an, in Afghanistan zu bleiben und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und insbesondere auch mit Frankreich intensivieren zu wollen. Gegenüber der Türkei wollten sie eine Öffnung ohne deren Aufnahme in die Europäische Union. Zu Afghanistan hatte die FDP die gleiche Einstellung, befürwortete aber die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Die Ablehnung der CDU/CSU gegenüber einer Aufnahme der Türkei hat religiöse und kulturelle Gründe, obwohl 1,8 Millionen Türken in Deutschland leben, von denen mehr als 500.000 wahlberechtigt sind. Die Einstellung der SPD gegenüber Afghanistan ist allerdings nicht klar, während DIE LINKE für einen baldigen Abzug eintritt. Außerdem forderte DIE LINKE die Ausfuhr von deutschen Waffen zu stoppen und die Beziehungen mit der Dritten Welt zu stärken. Deutschland soll auf einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat verzichten, um nicht in internationale Probleme verwickelt zu werden. Außerdem plädierte die FDP für die Abschaffung der Wehrpflicht. Dies forderte auch DIE LINKE.

Wie in allen Ländern der Welt, spielen Medien- Werbungs- und Forschungsinstitutionen im Libanon und in Deutschland eine wichtige Rolle bei der Wahlanalyse. Allerdings sind Fernsehen und Internet die mächtigsten Medien, um Parteien oder Kandidaten zu fördern. Das TV-Duell zwischen Kanzlerkandidat Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel am 13. September wurde von 20 Millionen Deutschen gesehen. Nie hat es im Libanon auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs ein ähnliches TV- Duell gegeben. Seit mehreren Jahren nutzt man in Deutschland das Internet im Wahlkampf, wo die Parteien und deren Kandidaten über Websites und E-Mail-Adressen mit den Wählern in Verbindung treten. Im Libanon verwendete eine Islamische Gruppe das Internet im Wahlkampf, sie eröffnete eine Website für jeden ihrer Kandidaten. Durch das Internet war die FDP in der Lage, mit 25.000 – 30.000 ihrer Mitglieder in Verbindung zu kommen. Auch hat das libanesisches Innenministerium die Wahlchecklisten zum ersten Mal in seiner Geschichte über das Internet veröffentlicht, um ein „Follow-up“ der Bürger zu ermöglichen. In Deutschland eröffneten einige Kandidaten ein Handykonto, um Beiträge und Spenden zu empfangen.

## **5- Wahlergebnisse in Deutschland und Libanon: Der Fall der SPD und der Verlust der libanesischen Opposition**

Etwa 62,2 Millionen Deutsche waren am 27. September zur Wahl aufgerufen, während die Wahlbeteiligung kaum 71% erreichte. Dies war die niedrigste Wahlbeteiligung in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Die Wahlbeteiligung von 91% im Jahr 1972 ist nun Vergangenheit. Das schöne sonnige Wetter war nicht

der Grund für die schwache Beteiligung. Es schien, dass die nicht gehaltenen Versprechungen der Parteien während des letzten Wahlkampfes 2005 ein wichtiger Grund für die geringe Wahlbeteiligung waren, zumal die Parteien nicht sehr erfolgreich bei der Lösung grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Probleme gewesen zu sein schienen. Viele Deutsche glaubten am Vorabend der Wahlen 2009, dass die Steuern nicht gesenkt würden und die Probleme der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Sozialleistungen nicht ohne den Einsatz von wirksamen Mitteln gelöst würden, wobei die Parteien versagt hätten. So gab es auch Deutsche, die zur Wahl gingen, um mit den gescheiterten Parteien abzurechnen.

Im Libanon sind rund 3,2 Millionen Menschen wahlberechtigt, darunter auch Immigranten, die die libanesische Staatsangehörigkeit immer noch besitzen. Die Wahlbeteiligung lag am 7. Juni 2009 bei 52%, der höchste Wert seit den Wahlen von 1992. Man kann dies auf die politische Spaltung, die Rivalitäten und die Mobilisierung von konfessionellen Gefühlen zurückführen und nicht auf ein nationales demokratisches Wahlbewusstsein. Die libanesische Opposition unter der Führung von Hisbollah, unterstützt von Syrien und Iran, rechnete damit, die Wahlen zu gewinnen, und somit in der Lage zu sein, ihre Politik durchzusetzen und den Staat gesetzlich unter ihren Einfluss bringen zu können. Es entstand eine regionale Gruppierung hinter den libanesischen Rivalen: Iran und Syrien hinter der Opposition, Saudi-Arabien und Ägypten, unterstützt von den USA, hinter dem 14. März-Bloc von Saad Hariri und seinen Verbündeten, so dass die Wahl in einen engen Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten und mit dem iranischen Nuklearprogramm geriet. Die Opposition erklärte, dass sie für eine Regierung der nationalen Einheit sei, würde sie die Wahlen gewinnen. Die Mehrheit lehnte dies ab und ließ die Opposition wissen, sie sollte ihre eigene Regierung zusammensetzen, wenn sie gewinnen würde, während sie (die Regierung) in die Opposition gehen würde. Am Abend des 7. Juni entschied sich aber eine deutliche Mehrheit von 55% zugunsten des regierenden 14. März-Block.

Auf der anderen Seite ist Deutschland weit entfernt von einer Einmischung von Außen. Es ließ niemals zu, dass andere Staaten sich in die Wahlen einmischten, auch nicht in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Besatzungsmächte noch im Land waren. Am Wahlabend wurde allgemein mit einem Sieg von CDU und CSU gerechnet. Die Umfragen zeigten einen starken Rückgang der Popularität der SPD, auch bei ihren Mitgliedern. Das TV-Duell zwischen Merkel und Steinmeier entlarvte die Lücken im Bündnis zwischen ihnen und die Uneinigkeit in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Bundeskanzlerin Merkel erklärte, die Koalition mit der SPD nicht fortsetzen zu wollen. Stattdessen suchte sie eine Koalition mit der FDP. Das bedeutete, dass ein heftiger Kampf mit der rivalisierenden SPD ausbrach, den Merkel in den letzten Tagen vor der Wahl als einen "Kampf um jede Stimme" beschrieb. Die SPD war sich ihrer schwachen Position bewusst, aber sie hoffte, dass CDU/CSU und FDP keine Koalitionsregierung bilden können, da die FDP vermutlich nicht die Schwelle von 9% der Sitze im Bundestag erreichen würde. Die SPD legt

sich nicht fest, ob sie eine Koalition mit BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN oder mit der Linkspartei favorisieren würde.

Am Sonntag, den 27. September fanden die Wahlen in Deutschland statt. Eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale war das Ergebnis bekannt. Der Stimmenanteil der SPD fiel von 34% auf ca. 23% und lag damit deutlich unter dem Ergebnis von CDU und CSU. Typisch-demokratisch gestand Steinmeier die demütigende Niederlage der SPD ein und erklärte, mit seiner Partei in die Opposition zu gehen. Auch die CDU erlitt Verluste und erhielt 33,8% der Stimmen, trotz der Bemühungen von Angela Merkel, die Marke von 40% der Stimmen zu erreichen. Trotzdem hat das persönliche Ansehen Merkels und das Vertrauen der Öffentlichkeit in sie die Verluste ihrer Partei begrenzt. Überraschend war vor allem, dass die kleinen Parteien ihre bisher besten Ergebnisse erzielen konnten: FDP 14,6%; BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 10,7% und DIE LINKE 11,9%. Damit war der Weg für eine Koalition zwischen den Unionsparteien und der FDP frei.

Am ersten Tag nach der Wahl kommentierte Carsten Erdmann in der Berliner Morgenpost: *"Die große Koalition der Kompromisse ist beendet, die traditionellen Lager der Republik sind wieder hergestellt. Zurück in die Zukunft - fast zwei Jahrzehnte nach der Ära Kohl und Genscher. Westerwelle triumphiert, Merkel regiert...SPD und CDU verlieren, FDP, Linke und Grüne sind stark wie nie. Die Grossen ganz klein, die Kleinen ganz groß."*

Offenbar waren die Wirtschafts- und Finanzkrise und das Scheitern der Zusagen zur Förderung sozialer Leistungen im Rahmen der Agenda 2010 Ursachen dafür, dass der deutsche Wähler die anderen Parteien unterstützte. Die Linkspartei nutzte in den letzten Jahren die Wirtschaftskrise aus und versprach die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Erhöhung der Sozialleistungen und den Rückzug der deutschen Militäreinheiten aus Afghanistan. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schenken der Umwelt und Energiethemen mehr Interesse. Die FDP konzentrierte sich gegenüber dem Mittelstand und den Unternehmern darauf, ein gerechtes Steuersystem einzuführen.

Die Gründe für die bittere Niederlage der SPD sind auf folgendes zurückzuführen:

- 1 –Die Entfremdung von den grundlegenden sozialen Prinzipien der Sozialdemokratie und die Schließung von Koalitionen um jeden Preis;
- 2- Der Verlust der Hälfte der Stimmen ihrer Wähler, von 20 Millionen auf 10 Millionen zwischen 1998 und 2009;
- 3- Die Zugeständnisse gegenüber der CDU/CSU in Bezug auf die Anhebung der Mehrwertsteuer von 3%;
- 4- Das Fehlen einer charismatischen Persönlichkeit wie Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder;

5- Die stärker werdende Linksströmung innerhalb der Partei, die die Politik der Kompromisse auf Kosten von Prinzipien ablehnt und deren Parteiaustritt Oskar Lafontaines zu finden ist.

Etwa drei Monate vor den deutschen Wahlen fanden die Wahlen im Libanon statt. Während die SPD in die Opposition ging, bestand die Opposition im Libanon auf der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, in der auch sie vertreten sein sollte. Dass Hisbollah, die stärkste Kraft innerhalb der Opposition, schwer bewaffnet war, verhinderte die Zusammensetzung einer Regierung nach demokratischen Kriterien. Auch verhinderte die sogenannte ‚Konsensdemokratie‘ der Konfessionen die Realisierung einer echten Demokratie, in der die Mehrheit regiert, während die Minderheit die Oppositionsarbeit leistet. Statt dessen wurde die parlamentarische Mehrheit gezwungen, eine Regierung nach dem Willen der Opposition zu bilden, d.h. mit dem blockierenden Drittel. Diese Entwicklung unterschied sich grundsätzlich vom Ausgang der Wahlen in Deutschland, als die SPD ganz demokratisch in die Opposition ging.

## **6- Schlussfolgerung**

Die deutschen Wahlen zeigten, wie demokratisch das politische System funktioniert. Im Gegensatz zum Libanon motivierten nicht die Personen oder die Konfession die deutschen Wähler, zu den Wahllokalen zu gehen, sondern die politischen Programme und das Bewusstsein der Bürger, dass sie als Volk die Macht durch ihre Vertreter im Bundestag ausüben. Im Rahmen dieser Demokratie gab es in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands keinen Fall, bei dem sich die Parteien um die Wahlergebnisse gestritten hätten oder versucht hätten, die Ergebnisse in Frage zu stellen bzw. nachträglich zu ändern.

Obwohl die libanesischen Wahlen einzigartig für die arabische Welt und für die Dritte Welt waren, wurden sie sowohl von konfessionellen als auch von familiären Strukturen geprägt. Diese Strukturen bestimmten das Wahlverhalten der Libanesen und nicht das Bemühen, die sozio-ökonomischen Probleme zu überwinden. Die SPD akzeptierte eine halbe Stunde nach den Wahlergebnissen ihre Rolle als Oppositionspartei. Im Gegensatz dazu brachten die libanesischen Wahlen 2009 kein demokratisches Ergebnis hervor, obwohl der 14. März - bloc die Mehrheit gewonnen hatte. Der Grund liegt darin, dass die Opposition, gemeint ist die Hisbollah, zu einer militärischen Macht geworden ist, die den demokratischen Entscheidungsprozess außer Kraft zu setzen versucht.

Während die deutschen Wahlen eine Sache des deutschen Volkes sind und ohne ausländische Einmischung stattfinden, spiegeln die libanesischen Wahlen und die Periode danach die regionalen Spaltungen innerhalb des Landes und lassen erkennen, wie sehr die libanesischen Politiker von ausländischen Mächten gegeneinander ausgespielt werden können.

